

Verlangsamung des Wirtschaftswachstums 2001. Allmähliche konjunkturelle Erholung 2002. Geldpolitik wirkt deutlich expansiv. Finanzpolitik kann Konsolidierungskurs nicht fortsetzen. Seit Anfang 2001 Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion. Kaum noch Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Teuerungsraten gehen zurück. Fehlbetrag der Leistungsbilanz erhöht sich weiter.

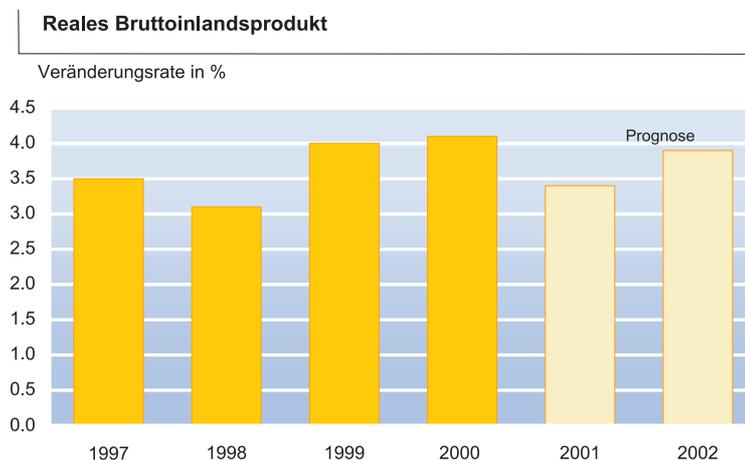
Das soziale und politische Umfeld wurde im bisherigen Verlauf dieses Jahres von Turbulenzen geprägt, die längere Zeit nicht mehr zu beobachten waren und die durch die Weiterführung der in den letzten Jahren eingeleiteten Wirtschaftsreformen ausgelöst wurden. Infolgedessen flaute der Reformwille deutlich ab. Da noch ein großer Bedarf an Deregulierungen, Privatisierungen und Neustrukturierungen besteht, ist das für die wirtschaftliche Entwicklung auf absehbare Zeit kein gutes Omen, selbst wenn man berücksichtigt, dass auch in anderen westlichen Industrieländern der Elan diesbezüglich nachlässt.

Die Regierung Simitis steht eineinhalb Jahre nach ihrer knappen Bestätigung durch vorgezogene Parlamentswahlen politisch mit dem Rücken zur Wand und wirkt wie gelähmt. Im Oktober wird ein Sonderparteitag der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) über das Schicksal des Premierministers entscheiden. Bis dahin liegen die geplanten Wirtschaftsreformen weiter auf Eis. Vor allem eine tiefgreifende Neuordnung der hochdefizitären Sozialversicherung scheiterte im Frühjahr gleich an zwei Generalstreiks (ein weiterer hatte sich bereits im Herbst 2000 abgespielt, mit Stoßrichtung gegen Privatisierungen), an denen sich sogar gesellschaftliche Gruppierungen beteiligten – wie etwa der griechisch-orthodoxe Klerus –, die noch nie in der Geschichte des modernen Griechenlands gestreikt hatten.

Ausgangspunkt der Schwierigkeiten, die auch vor dem Hintergrund der Lohnzurückhaltung in den letzten Jahren zu sehen sind, ist nicht die parlamentarische Opposition, sondern der linke Flügel der PASOK, dessen Stärkung eine erhebliche Verschiebung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse signalisiert. Er wirft der Regierung Verrat an den sozialistischen Ide-

alen vor und fordert, unterstützt von den PASOK-Wählern, eine Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik. Zudem treten die Ärzte wegen geplanter Änderungen im kostspieligen Gesundheitswesen in den Ausstand. Die Wirtschaft entzieht Simitis die Unterstützung, verärgert über ausbleibende weitere Privatisierungen. Die Landbevölkerung ist über neue Personalausweise aufgebracht, da diese nun keine Angaben mehr über die Konfession enthalten. Der akademische Lehrkörper protestiert gegen die Umwidmung technischer Lehranstalten.

Die aufgeheizte politische Atmosphäre kommt indes weniger der extremen Linken, sondern der führenden bürgerlichen Oppositionspartei Nea Dimokratia zugute. In Meinungsumfragen liegt diese zwar deutlich vor der PASOK, und ihr Vorsitzender Kostas Karamanlis wird als Regierungschef für geeigneter gehalten als Kostas Simitis. Hieraus auf einen Wahlsieg bei vorgezogenen Neuwahlen zu schließen, wäre indes verfrüht. Sie profitiert von ihrer seit vorigem Sommer merklich gefestigten inneren Verfassung und programmatischer Profilierung.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Wirtschaftspolitisch bleibt die Regierung bis zum Herbst weitgehend gelähmt. Welche politische Konstellation sich danach herauskristallisiert, ist völlig offen. Erfahrungsgemäß läuft in einer derartigen Situation die Finanzpolitik vorübergehend aus dem Ruder, wirkt also konjunkturstützend. Gleichzeitig stockt der Reformprozess, und ausländisches Kapital engagiert sich vorsichtiger und zieht sich teilweise zurück, was zusammen mit der politischen Unsicherheit die Wirtschaftsentwicklung bremst. Dies umso mehr, als weiteren nennenswerten Reformschritten unter einer wie auch immer gearteten Regierung nicht Parteiengezänk, sondern ein Großteil der Wähler entgegensteht.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die **weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen** stellten sich wie folgt dar: In den **USA** nahmen Nachfrage und Produktion um 4,1% zu. In **Japan** ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% gestiegen. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3,8%. In **Westeuropa** wurde das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,3% ausgeweitet. In der EU waren es ebenfalls 3,3%, im Euro-Raum erhöhte es sich um 3,4% und in Deutschland um 3%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um 8%. Der **Wechselkurs des Euro** sank im Schnitt des Jahres auf 0,92 US-Dollar von 1,07 US-Dollar im Jahre 1999. Das Volumen des **Welthandels** expandierte in einer Größenordnung von 12%.

In **Griechenland** entwickelte sich die Konjunktur recht lebhaft, gestützt durch eine expansive Geldpolitik, eine im Konsolidierungseifer nachlassenden Finanzpolitik und ein boomendes weltwirtschaftliches Umfeld. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandierte mit 4,1% wie schon in den Jahren davor stärker als im westeuropäischen Durchschnitt. Die Inlandsnachfrage nahm im gleichen Ausmaß zu. Der Preisauftrieb beschleunigte sich. Die Arbeitslosenquote sank wieder. Das Defizit der Leistungsbilanz erhöhte sich spürbar.

Der **Export** von Gütern und Diensten hat die Bruttoanlageinvestitionen als wichtigsten Konjunkturmotor verdrängt. Mit 13,7% nahmen sie gut doppelt so stark zu wie 1999. Stimulierend wirkte nicht nur die sehr dynamische Weltnachfrage, sondern auch die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit infolge der kräftigen Abwertung der Drachme 1999. Zwar stieg die **Einfuhr** mit 10,7% deutlich langsamer als die Ausfuhr. Da sich aber die Terms of Trade, bedingt durch Dollar-Aufwertung und massive Ölvertéuerung, wesentlich verschlechterten, wies die **Leistungsbilanz** einen mit 4,2% des BIP gegenüber den Vorjahren deutlich erhöhten Fehlbetrag aus.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (+ 9,4%), wurden beschleunigt ausgeweitet. Dies war auf das überdurchschnittliche Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen zurückzuführen, die von sinkenden Zinsen, das im Vergleich mit den neunziger Jahren ausgezeichnete (durch Unternehmensbefragungen ermittelte) Geschäftsklima in verarbeitender Industrie und Bauwirtschaft sowie die im Jahresdurchschnitt mit 78,1% spürbar über dem Mittelwert der neunziger Jahre liegende Auslastung der Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe begünstigt wurden. Die von öffentlichen – weitgehend EU-finanzierten – Infrastrukturinvestitionen wesentlich geprägte Baukonjunktur blieb zwar kräftig aufwärts gerichtet, aber nicht mehr ganz so lebhaft wie 1999; der Staat hat im Zuge der Budgetkonsolidierung einige Projekte aufgeschoben.

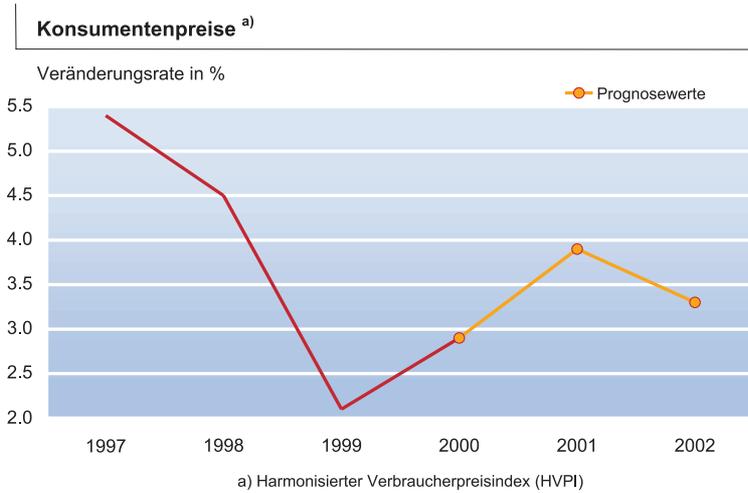
Der **private Konsum** (+ 3,2%) expandierte etwa im Tempo des Vorjahres, getragen von zunehmender Beschäftigung, deutlich – aber schwächer als bisher – steigenden Reallöhnen und deutlich sinkenden kurzfristigen Zinsen. Das durch Verbraucherbefragungen ermittelte Konsumklima erreichte einen hohen Stand, entwickelte sich jedoch seit dem Spätsommer weniger günstig. Der **öffentliche Verbrauch** nahm nach der vorjährigen Stagnation mit 0,8% sehr moderat zu, was mit dem finanzpolitischen Konsolidierungskurs im Vorfeld der Aufnahme Griechenlands in die Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu erklären ist.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage bei weiter deutlich steigendem Beschäftigungspotential wieder, nachdem sie sich 1999 infolge allgemein verstärkter Rationalisierungsbemühungen verschlechtert hatte. Die Beschäftigung nahm um 1,2% zu, und die Arbeitslosenquote sank um 0,7 Prozentpunkte auf 11%.

Im Laufe des Jahres sind die **Konsumentenpreise** (HVPI) vor allem aufgrund der Ölpreis- und dollarkursbedingt kräftig verteuerten Einfuhr beschleunigt gestiegen. Auch ist die 1999 zwischen Sozialpartnern und Regierung vereinbarte Zurückhaltung bei Preiserhöhungen ausgelaufen. Teilweise wurden sogar im Vorjahr unterlassene Preisanhebungen nachgeholt. Im Schnitt des Jahres verteuerte sich die Lebenshaltung gegenüber 1999 um 2,9%.

Wirtschaftspolitik

Die Konjunktur erhält von der Wirtschaftspolitik heuer kräftige, 2002 aber nur noch geringe Impulse. Das gilt in erster Linie für die Geldpolitik. Aber auch der Wechselkurs des US-Dollar bleibt für die Exportwirtschaft günstig. Ferner gibt die auf ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum zugeschnittene Finanzpolitik Anstöße. Und schließlich stützt die Lohnpolitik, wenn auch etwas weniger als zuvor. Wesentliches wirtschaftspolitisches Ziel bleibt neben einer weiteren Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die Bekämpfung



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

der Arbeitslosigkeit. Diese wird mit Hilfe des im April 2001 verabschiedeten Nationalen Beschäftigungsplans (ESDA) verstärkt; er sieht neben der Schaffung neuer Stellen auch Qualifizierungsmaßnahmen vor.

Die **Währungspolitik** erfuhr mit dem Beitritt Griechenlands zum Euro-Raum am 1. Januar 2001 eine Zäsur. Die notorische Weichwährung Drachme wurde vom Euro abgelöst; die Bevölkerung sieht dies und die bevorstehende Einführung von Euro-Noten und -Münzen ganz überwiegend positiv, wenn auch die praktischen Vorbereitungen zur Währungsumstellung noch nicht sehr weit gediehen sind. Zur allgemeinen Enttäuschung war damit weder eine Aktienralley an der Athener Börse (die Kurse fielen vielmehr weiter, wie überall) noch ein nennenswert verstärktes Engagement ausländischer Investoren auf dem griechischen Kapitalmarkt verbunden. Die EU-Institutionen hatten im Juni 2000 ihr Plazet gegeben. Dabei hatte die Stellungnahme der EZB kritischer Töne nicht entbehrt. Die im Vertrag von Maastricht vorgesehenen Beitrittsbedingungen sind nämlich im Referenzjahr 1999 in einem Falle (Staatsverschuldung) weit verfehlt und in einem anderen Fall (Inflationsrate) nur knapp und mittels einiger Kosmetik erfüllt worden, die von anderen EU-Ländern seinerzeit allerdings auch bemüht wurde.

Die **Geldpolitik** wird seit Anfang dieses Jahres auch für Griechenland von der Europäischen Zentralbank (EZB) bestimmt. Zuvor galt es jedoch, die hohen, bereits 1998 gesunkenen kurzfristigen Zinsen an die im Euro-Raum geltenden 4,75% anzugleichen. Immerhin betrug der Leitzins Anfang 2000 noch 9,75%. Das Herabschleusen ging zunächst sehr langsam, weil die Zentralbank möglichst lange den Preisauftrieb dämpfen wollte. Erst im späteren Verlauf des Jahres wurden die Zügel rasch gelockert, doch galt Ende Dezember 2000 immer noch ein Schlüsselzins von 5,75%. Die Reduktion um 5 Prozentpunkte innert Jahres-

frist ist außerordentlich. Zusätzlich hat die EZB ihren Leitzins im Mai 2001 um 1/4% gesenkt, und zumindest ein weiterer derartiger Schritt kann im laufenden Jahr erwartet werden. Dies ist angesichts des rasanten Zinsrückgangs in den USA und der nur schwach zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Produktion sowie des weiter nachlassenden Preisauftriebs im Euro-Raum gerechtfertigt. Da geldpolitische Maßnahmen erst mit längerer Wirkungsverzögerung greifen, wird die monetäre Lockerung vor allem heuer und 2002 zwar abgeschwächt, aber immer noch deutlich spürbar stimulierend auf die Konjunktur wirken. Für die griechische Wirtschaft ist dieses Nachlassen der monetären Zügel mit Blick auf die ausgeprägte vorjährige Lockerung nicht nötig und mit Blick auf die heuer um rund 3³/₄%, also spürbar stärker als im Durchschnitt des Euro-Raums steigenden Konsumentenpreise, auch nicht angebracht.

Die **Finanzpolitik** kann ihren Konsolidierungskurs zumindest heuer nicht fortsetzen, nachdem das öffentliche Finanzierungsdefizit noch im Vorjahr weiter auf 0,9% des BIP gesenkt worden war. Entsprechend dem mit der EU abgesprochenen Konsolidierungsprogramm sollte 2001 ein Überschuss von 0,5% des BIP und 2002 von 1,5% des BIP erzielt werden. Denn erstens ist der Staatshaushalt 2001 auf der Basis eines deutlich überhöht angesetzten Wirtschaftswachstums von 5 bis 5,5% und eines erheblich zu niedrigen Dollarkurses (wichtig für die Bedienung der zu knapp einem Viertel in US-Währung denominierten staatlichen Auslandsverschuldung; etwa ein Viertel entfällt auf Yen-Anleihen) konzipiert worden. Zweitens lief dieses Jahr eine Steuerreform an, die u.a. eine Rückführung des Spitzensatzes der Einkommensteuer bis 2003 von 45% (im Jahre 2000) auf 40% vorsieht, die Steuertarife indexiert und den Grundfreibetrag erhöht. Gleichzeitig wird die Körperschaftsteuer nicht börsennotierter Unternehmen von 40 auf 35% herabgesetzt und die Grundsteuer gesenkt. Die hierdurch entstehenden Steuerausfälle hat man vermutlich unterschätzt. Und drittens geht die Finanzpolitik mit dem Mitte 2001 verabschiedeten Ausgabenpaket 2002/2004 im Höhe von 10 Mrd. Euro auf einen Kurs, der verstärkt auf die Bildungs- und Beschäftigungsförderung, den Ausbau des Gesundheitswesens sowie die Armutsbekämpfung abzielt. Auch wurden erhebliche Mittel für die Ausrichtung der Olympiade in Athen (2004) bereitgestellt. Zur teilweisen Finanzierung wird das für griechische Verhältnisse weit überzogene Rüstungsprogramm gestreckt, was sich wegen des entspannteren Verhältnisses zur Türkei auch aufdrängt. Das öffentliche Finanzierungsdefizit dürfte heuer trotz wieder beträchtlicher Privatisierungserlöse noch nicht verschwinden und die Staatsverschuldung kaum sinken (von 103,9% des BIP im Jahr 2000). Über den Staatshaushalt 2002 kann man nur

spekulieren. Allerdings dürfte er auch im Hinblick auf die 2002 fälligen Kommunalwahlen und die hohe Arbeitslosigkeit konzipiert werden. Auch angesichts des sich versteifenden Widerstands gegen weitere Privatisierungen dürfte die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zumindest auf absehbare Zeit schleppend voran kommen.

Einkommenspolitisch bedeutsam ist das Auslaufen des zweijährigen, mit Blick auf den angestrebten Beitritt zum Euro-Raum zwischen Staat und Sozialpartnern geschlossenen Lohnabkommens im Vorjahr. Immerhin gelang es, im Mai 2000 für die Privatwirtschaft eine wiederum zweijährige Vereinbarung zu treffen. Sie sieht relativ moderate, allerdings weiter über dem westeuropäischen Durchschnitt liegende Lohnanhebungen vor. Auch wird bis Ende 2001 kein Inflationsausgleich fällig, falls der Preisanstieg stärker ausfällt als angenommen. 2002 sind aber, wie bereits beim vorherigen Abkommen, moderate Nachschläge zu erwarten.

Ordnungspolitisch hat man noch bis ins laufende Jahr hinein Fortschritte gemacht. Das gilt grundsätzlich auch für das neue Arbeitsmarktgesetz, das u.a. eine Ausweitung der Teilzeitarbeit ermöglicht und den rigiden Kündigungsschutz etwas aufweicht. Allerdings ist der erhoffte Beschäftigungserfolg bislang ausgeblieben. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen dürfte mit der Begebung einer Wandelschuldverschreibung der Telekomgesellschaft OTE, die eine Verringerung des staatlichen Anteils am Aktienkapital auf 51% impliziert und die eine Mrd. Euro einbrachte, zunächst ihren Höhepunkt überschritten haben. Immerhin wurden seit März 1998 Unternehmen voll- oder teilprivatisiert. Vorbereitet werden derzeit die Privatisierung des Stromversorgers DIE/PPC, der Gasgesellschaft DEPA sowie der Industrieentwicklungsbank ETVA. Die Häfen von Piräus und

Thessaloniki will man voll-, sowie Greek Aerospace (EAB) teilprivatisieren. Sogar für den ewigen Verlustbringer Olympic Airlines fanden sich Interessenten. Allerdings ist die politische Lage diesen Vorhaben derzeit wenig förderlich. Vor allem die Gewerkschaften fürchten den damit verbundenen Abbau von Arbeitsplätzen.

Die in den beiden Generalstreiks untergegangene einschneidende **Rentenreform** war im Hinblick auf die Lage der Rentenversicherung und der Staatsverschuldung notwendig. Andererseits erstaunt ihr Scheitern nicht, wenn man die für das Gros recht bescheidenen Altersrenten berücksichtigt. Diese sollten nämlich um 16 bis 29% gekürzt werden. Außerdem war für die in der Regel mit 55 Jahren in Rente gehenden Griechen eine Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre vorgesehen. Und schließlich wollte man die 56 Versorgungskassen zu nur mehr acht zusammenzulegen, was mächtige Gruppeninteressen empfindlich traf.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 1¹/₄%. Die gesamtwirtschaftliche Produktion erreicht in **Japan** nur knapp das Niveau des Vorjahres. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um knapp 2³/₄% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland annähernd 1¹/₄% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dol-

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1998	1999	2000	2001 ^{a)}			2002 ^{a)}		
				KEPE ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	KEPE ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	3,1	3,4	4,1	4,2	4,4	4,0	4,4	4,8	4,4
Inlandsnachfrage	4,6	3,0	4,1	4,4	4,6	3,9	4,7	4,9	4,3
Privater Verbrauch	3,1	2,9	3,2	3,3	3,2	2,9	3,4	3,4	3,1
Staatsverbrauch	1,7	-0,1	0,8	0,9	0,6	0,5	0,9	0,6	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	11,8	7,3	9,4	9,6	10,5	9,0	10,2	10,9	9,5
Exporte ^{e)}	5,9	6,5	13,7	6,2	9,5	9,4	6,2	10,2	8,9
Importe ^{e)}	11,3	3,9	10,7	7,0	8,4	7,5	7,0	8,8	7,2
Industrieproduktion ^{f)}	8,4	3,3	5,1	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	4,5	2,1	2,9	2,8	2,6	2,8	2,5	2,3	2,5
Arbeitslosenquote	10,9	11,6	11,1	10,5	10,5	10,8	9,6	9,9	10,0
Leistungsbilanz (Saldo) ^{g)}	-3,9	-3,2	-4,2	-4,2	-4,1	-6,5	-4,2	-4,0	-6,2
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	-3,1	-1,8	-0,9	0,2	0,0	0,0	1,0	0,6	0,7

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Centre of Planning and Economic Research, Athen, vom April 2001. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2001. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Mai 2001. – ^{e)} Güter- und Dienstleistungen. – ^{f)} Ohne Bau. – ^{g)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

lar-Basis im Jahresdurchschnitt deutlich unter das Niveau von 2000. Der Wechselkurs des Euro beträgt durchschnittlich 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des Welt-handels steigt in einer Größenordnung von 4 1/2%.

In Griechenland wird sich die Konjunktur entgegen der regierungsseitigen Annahme spürbar abschwächen. Hierfür spricht auch die Entwicklung der Klimaindikatoren. Die ausgeprägt retardierenden Effekte der schwachen Weltkonjunktur sind stärker als die deutlich stimulierenden Wirkungen der Wirtschaftspolitik. Auch beeinflusst die prekäre politische Lage das Wirtschaftswachstum negativ. Gleichwohl dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt mit rund 3 1/2% deutlich dynamischer expandieren als der westeuropäische Durchschnitt. Der Preisaufrtrieb schwächt sich seit der Jahresmitte allmählich ab. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich nur noch langsam. Das Defizit der Leistungsbilanz erhöht sich weiter.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen (etwa + 5%) verliert stark an Dynamik. Das ist in erster Linie eine Folge der weltwirtschaftlichen Flaute im Allgemeinen und des langsamen Wirtschaftswachstums in Westeuropa (dorthin gehen etwa die Hälfte der Warenlieferungen) im Besonderen. Außerdem verliert die griechische Wirtschaft infolge der relativ stark steigenden Lohnstückkosten an Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt auch für den Ausländertourismus, der zudem von den Wirren in Mazedonien tangiert wird. Die erste Jahreshälfte brachte bereits einen Rückgang der Buchungen. Gleichwohl lehnen die Beherbergungsbetriebe eine moderatere Preisgestaltung ab. Da die Einfuhr stärker zunimmt als der Export und die Terms of Trade nochmals – wenn auch nur noch wenig – ungünstiger werden, steigt das Defizit der Leistungsbilanz erneut.

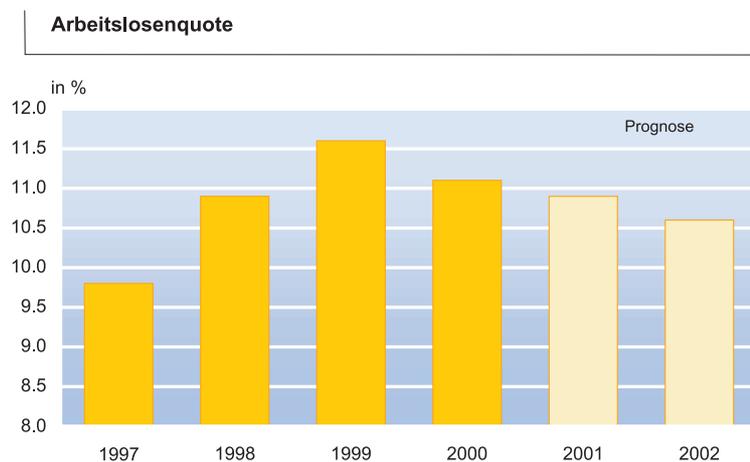
Die Bruttoanlageinvestitionen (rund + 8 1/2%) erhalten die wichtigsten Anstöße von den Bauinvestitionen insbesondere der öffentlichen Hand. Diese gelten in erster Linie der von der EU mitfinanzierten Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur. Aber auch die Baumaßnahmen für Olympia 2004 werden forciert. Der Privatsektor dürfte hingegen im Zuge des nachlassenden Wirtschaftswachstums weniger lebhaft in gewerbliche Bauten investieren. Auch der Wohnungsbau verliert an Schwung. Gleiches gilt für die Ausrüstungsinvestitionen, wobei der Staat auch hier deutlich mehr Mittel einsetzt als im Vorjahr, wie das diesjährige sog. Einheitliche staatliche Beschaffungsprogramm (EPP) zeigt. In der verarbeitenden Industrie ist das mittels Umfragen ermittelte Geschäftsklima seit Herbst 2000 weniger günstig geworden. Besonders die Absatzerwartungen haben sich eingetrübt. Die Auslastung der Kapazitäten dürfte folglich sinken,

nachdem im zweiten Quartal 2001 ein Spitzenwert erreicht worden war. Obwohl sich kurzfristige Finanzierungen stark verbilligt haben, ist insgesamt mit einer langsameren Expansion der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen.

Der private Konsum nimmt mit ca. 2 3/4% spürbar langsamer zu als voriges Jahr. Er bleibt jedoch eine robuste Stütze der Konjunktur, obwohl die Reallöhne nicht mehr so stark steigen und die Beschäftigung nur noch verhalten wächst. Auch dürfte sich die Sparquote erhöhen, denn zahlreiche Haushalte haben einen erheblichen Teil ihrer Ersparnisse beim Platzen der Blase an den Aktienbörsen verloren. Und schließlich haben die im Zuge des allgemeinen Zinsrückgangs stark gesunkenen Zinsen auf Spareinlagen und kurzfristige Anlagen die Kaufkraft tangiert und erheblichen Unmut bei der Bevölkerung ausgelöst. Das durch Verbraucherbefragungen ermittelte Konsumklima hat sich seit Mitte 2000 zwar erheblich verschlechtert, doch war es zur Jahresmitte 2001 immer noch günstiger als im Schnitt der neunziger Jahre. Der öffentliche Verbrauch dürfte um reichlich 1% expandieren.

Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage zwar weiter, aber weniger deutlich als bisher. Sie bleibt geprägt von anhaltend hoher Zuwanderung vor allem aus dem Balkan, der Levante und Nordafrika, sowie einer steigenden Erwerbsquote. Auch werden die Produktivitätsfortschritte wieder vergleichsweise kräftig sein, da die Wirtschaft aus Kostengründen weiter energisch rationalisiert. Andererseits ist zu erwarten, dass die Maßnahmen zur Verbesserung der Flexibilität zu greifen beginnt und das heuer lancierte Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (ESDA) eine leichte Entlastung bringt. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt bei 11% liegen.

Nachdem die Preisentwicklung in der ersten Jahreshälfte von Energieverteuerung, Dollar-Aufwertung und der wesentlich gelockerten Geldpolitik geprägt war, beruhigt sich



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

die Inflation im Laufe des zweiten Semesters allmählich. Ursachen sind vor allem gesunkene Ölpreise, ein leicht aufwärts tendierender Wechselkurs des Euro sowie das langsamere Wirtschaftswachstum. Im Schnitt des Jahres dürften die **Konsumentenpreise** (HVPI) um knapp 4% über dem Niveau von 2000 liegen; im ersten Halbjahr hatte der Anstieg entsprechend 3,7% betragen.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **USA** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich 2¹/₂%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um ca. 3³/₄% zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 3¹/₂%. In **Westeuropa**, der EU sowie im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 2¹/₂%; in Deutschland dürfte die Rate bei 2¹/₄% liegen. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** beträgt in den westlichen Industrieländern im Durchschnitt des Jahres ungefähr 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) entsprechen auf Dollar-Basis knapp dem Niveau des Vorjahres. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Jahresmittel innerhalb einer Bandbreite von 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des **Weilhandels** expandiert in einer Größenordnung von 6¹/₂%.

In **Griechenland** gewinnt die Konjunktur allmählich an Schwung, stimuliert von der weltwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung und der Wirtschaftspolitik. Problematisch bleiben die stockende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Preisentwicklung, hohe Arbeitslosigkeit und das beträchtliche außenwirtschaftliche Ungleichgewicht. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um knapp 4% zunehmen. Die Stabilisierung des Preisniveaus kommt nur langsam voran. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich erneut leicht bessern. Das Defizit der Leistungsbilanz bleibt beträchtlich.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 5¹/₂%) gewinnt im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung allmählich an Dynamik. Dabei erweist sich der Dollarkurs trotz leicht aufwärts gerichteter Tendenz für die Exportwirtschaft immer noch als günstig. Die zu erwartende Stabilisierung der Lage in Mazedonien gibt dem Ausländertourismus zusätzlichen Auftrieb. Ungünstige Auswirkungen sind hingegen von der weiteren Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten; die Lohnstückkosten erhöhen sich nach wie vor stärker als bei den wichtigsten Handelspartnern. Da die **Einfuhr** erneut stärker als der Export ausgeweitet wird, nimmt das Defizit der **Leistungsbilanz** nochmals zu, obwohl sich die Terms of Trade etwas verbessern.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (etwa + 8¹/₂%) finden ihre stärkste Stütze neuerlich in den öffentlichen Bauinvestitionen. Diese gehen hauptsächlich in die Verkehrsinfrastruktur.

Zudem werden die Bauarbeiten für Olympia 2004 erheblich forciert. Und schließlich ist in den Häfen mit einem kräftigen Investitionsaufschwung zu rechnen, da die Liberalisierung der Küstenschifffahrt in der EU eine erheblich bessere Hafeninfrastruktur erfordert. Das zwingt besonders die in Aktiengesellschaften umgewandelten Hafenverwaltungen der wichtigsten Häfen Piräus und Thessaloniki zu nennenswerten Investitionssteigerungen. Das von der EU gebilligte und von dieser zu einem Drittel finanzierte Programm für den Ausbau der Häfen, Straßen und öffentlichen Verkehrsmittel – vorgesehen sind 9,3 Mrd. Euro für die Jahre 2001 bis 2006 – läuft erst jetzt auf vollen Touren. Der Wohnungsbau erhält von den niedrigen Zinsen und dem gestärkten Konsumentenvertrauen Auftrieb. Verbesserte Absatz- und Ertragserwartungen stimulieren die Ausrüstungsinvestitionen, wobei diese weniger auf Erweiterungen, sondern auf die Rationalisierung und den Ersatz veralteter Anlagen abzielen, um die Lohnkostensteigerungen weitgehend zu kompensieren. Generell wird die Investitionskraft durch die Steuerreform gestärkt.

Der **private Konsum** gewinnt wieder stärker an Schwung. Er dürfte um rund 3% expandieren. Die Reallöhne steigen etwas stärker, auch weil zu Jahresbeginn ein teilweiser Ausgleich für die stärker als in den Tarifverträgen unterstellte Teuerung fällig wird. Auch nimmt die Beschäftigung im späteren Verlauf des Jahres spürbar zu, was günstig auf das Konsumklima wirkt. Und schließlich wird im Rahmen der »Politik für soziale Solidarität« für Familien mit niedrigem Einkommen das Kindergeld erhöht, und sie erhalten – so sie in Berg- und wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen wohnen – besondere Beihilfen. Bei diesem Personenkreis ist die marginale Konsumquote besonders hoch. Andererseits ist derzeit nicht zu beurteilen, wie die Verbraucher mit ihrer Sparquote auf die in absehbarer Zeit unabwendbaren Einschnitte bei der Sozialversicherung reagieren. Hier wird ein leichter Anstieg unterstellt. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte wieder in einer Größenordnung von 1% ausgeweitet werden.

Auf dem **Arbeitsmarkt**, einem Nachläufer der Konjunktur, bessert sich die Lage erst allmählich wieder deutlicher. Die Beschäftigung nimmt leicht beschleunigt zu. Da jedoch die Erwerbsbevölkerung durch Zuwanderung und höhere Erwerbsbeteiligung vor allem der Frauen weiter spürbar steigt und verstärkt rationalisiert wird, verringert sich die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt nur auf reichlich 10¹/₂%.

Der Preisauftrieb lässt zunächst weiter nach, weil der Rückgang bzw. die Stabilisierung von Energie- und Rohstoffpreisen immer noch auf die Verbraucherstufe durchwirkt. Auch wirken die Privatisierungen und Liberalisierungen ebenso inflationsdämpfend wie der im Zuge fortschreitender EU-Integration zunehmende Wettbewerb. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften um ca. 3¹/₄% über dem Niveau von 2001 liegen.

Abgeschlossen am 9. August 2001